



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 20. September 2007

Antrags-Nr. 07-F-04-0004

***Konsequenzen für Wiesbaden aus der aktuellen Bedrohungslage durch islamistische Terroristen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 12.09.2007***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert zu berichten:

1. Welche Konsequenzen er aus der o.g. Bedrohungslage zu ziehen gedenkt.
2. Wie das Verhalten der Vertragspartner der sog. „Integrationsvereinbarung“ nach der Aufdeckung der jüngsten Anschläge in Deutschland war, insbesondere darüber, ob die islamischen Gemeinden bereit sind, islamistisch eingestellte Mitglieder auszuschließen und den Sicherheitsbehörden zu melden.
3. Wie der Magistrat bei seinen künftigen Aktivitäten die aus seiner Sicht unterstützungswürdigen islamischen Vereinigungen von getarnten, islamistisch - terroristischen Zentren zu unterscheiden.

BeschlussNr. 0442

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 11.09.2007 betr.

Konsequenzen für Wiesbaden aus der aktuellen Bedrohungslage
durch islamistische Terroristen

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2007

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2007

Dezernat I
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister